



BürgerInnenbrief

19. März 2015

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Nach der Wahl: Erklärungen +++ Perspektive Rot-Grün +++ Abriss & Gier +++ Etwas Besseres als Olympia! +++

Linke Opposition in der Bürgerschaft!



Die neuen Herausgeberinnen des BürgerInnenbriefs (M. Joho)

Kaum war am 25. Februar der letzte »BürgerInnenbrief« erschienen, brach ein – z.T. auch selbst verursachter – Shitstorm auf die Hamburger LINKE, insbesondere die Linksfraktion in der Bürgerschaft, herab. Eine Woche lang hagelte es Meldungen in der bürgerlichen Presse, aber auch eine Reihe von Mails erreichte die Fraktion, wie »empörend« und »unfair« sie mit ihrer bisherigen Vorsitzenden umgegangen sei: Eine Mehrheit der Abgeordneten hatte Dora Heyenn die Zustimmung für ein weiteres Jahr an der (Doppel-)Fraktionspitze nicht mehr gegeben. Sie trat daraufhin aus der Fraktion aus – und wandte sich an die Medien. Wir nehmen in diesem BürgerInnenbrief zu den Ereignissen und Hintergründen ausführlich Stellung.

Neue Besetzung im »BürgerInnenbrief«

Wir, das sind Heike Sudmann und Christiane Schneider, die fortan gemeinsam den »BürgerInnenbrief« herausgeben werden. Auch, um bisweilen zu laufenden Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen, insbesondere aber, um weiter und re-

gelmäßig über den Fortgang der linken parlamentarischen und außerparlamentarischen Oppositionsarbeit zu berichten. Heike Sudmann ist bereits seit ihrer Wahl in die Bürgerschaft 2011 Mitherausgeberin dieses Newsletters, Christiane Schneider tritt sozusagen in die Fußstapfen von Joachim Bischoff und Tim Golke, ihren Vorgängern als Abgeordnete im Wahlkreis 1 (Hamburg-Mitte).

Heike Sudmann wird weiterhin für die Bereiche Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik verantwortlich sein. Christiane Schneider bleibt innen- und flüchtlingspolitische Sprecherin der Fraktion und kümmert sich natürlich um ihren Wahlkreis. Diese Schwerpunkte werden sich im »BürgerInnenbrief« auch zukünftig niederschlagen. Auch wenn es in dieser Ausgabe heißt, den wenig berauschenden Start zu kommentieren, so steht im Alltag der Fraktion bereits wieder die politische Arbeit für ein anderes, soziales Hamburg im Mittelpunkt. Das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern schuldig.

Nach der Wahl ... geht's bei der LINKEN hoch her

Der Versuch einer Erklärung von Heike Sudmann



Immer nützlich... aus dem youtube-Wahlwerbespot der LINKEN

Am Abend des 15. Februar 2015, nach Verkündung der Wahlergebnisse, war der Jubel groß: 8,5% für die Partei DIE LINKE, ein Zuwachs von 2,1% im Vergleich zur Bürgerschaftswahl 2011. Sieben Jahre gute Arbeit in den Bezirken und in der Bürgerschaft, mit und in den außerparlamentarischen Initiativen wurden belohnt. Der Trend vom Sommer 2014, als DIE LINKE als einzige Partei bei den Bezirksversammlungswahlen hinzugewonnen hatte, setzte sich fort. Verstärkt wurde der positive Trend, wie viele Gespräche an den Wahlkampfständen zeigten, durch den Erfolg der griechischen Schwesterpartei Syriza und durch das Zustandekommen eines rot-rot-grünen Bündnisses mit einem Ministerpräsidenten der LINKEN in Thüringen. Der oft ironisch gemeinte Spruch »Der Erfolg hat viele Väter und Mütter« trifft bei dem Ergebnis der Hamburger LINKEN also wirklich zu.

War DIE LINKE bisher die kleinste Fraktion der Bürgerschaft mit acht Abgeordneten, stellt sie nun mit elf bzw. zehn Abgeordneten immerhin die viertgrößte. Die frischgebackenen Abgeordneten traten eine Woche nach der Wahl zum ersten Mal zusammen, fast die Hälfte von ihnen (= fünf) sind neu in der Fraktion. Auf der Tagesordnung stand u.a. die Organisation der Fraktion mit Vorsitz, Stellvertretung und parlamentarischer Geschäftsführung. Hierzu gab es einen Vorschlag, der den bisherigen Fraktionsvorstand von drei auf vier Abgeordnete und gleichzeitig von einer Vorsitzenden auf eine Doppelspitze erweitern sollte. Doppelspitzen sind für DIE LINKE nichts Neues, es gibt sie auf Parteiebenen und auch in Landtagsfraktionen, wie z.B. in Hessen. Trotzdem erzeugte dieser Antrag, vor allem außerhalb der Fraktion, hohe Wellen. Dazu beigetragen hat sicherlich, dass Dora Heyenn, die bisherige Fraktionsvorsitzende, schon im Wahlkampf äußerte, zweieinhalb Jahre den Fraktionsvorsitz weiter bekleiden und ihn dann an Sabine Boeddinghaus weitergeben zu

wollen. Abgesprochen war dieser Vorschlag weder mit den Kandidierenden geschweige denn mit der in den Medien umgehend als »Kronprinzessin« titulierten Sabine Boeddinghaus. Obwohl das Vererben von Funktionen in der LINKEN nicht Standard ist, sondern die jeweiligen Gremien (hier die Fraktion) selbst entscheiden, gab es keinen Aufschrei. Kein Wunder, denn wie sollte mitten im Wahlkampf über eine noch nicht bekannte Fraktion gestritten werden...

Die neue Fraktion sprach sich in einem Meinungsbild einstimmig für eine Doppelspitze aus, eine klare Mehrheit war der Meinung, diese Doppelspitze nicht später, sondern jetzt einzuführen. Der Landesvorstand der Partei wurde um seine Meinung gebeten. Er unterstützte einige Tage später die sofortige Einführung einer Doppelspitze; in zwei unterschiedlichen Anträgen wurde der Fraktion empfohlen, Dora Heyenn in die Doppelspitze zu wählen.

Die Fraktion tagte dann erneut. Bevor es zu den erforderlichen Wahlgängen für die Doppelspitze kam, wurde ausführlich über die Kritik an der bisherigen Arbeit von Dora Heyenn als Fraktionsvorsitzende gesprochen. Die Kritik war nicht neu, sondern in der Vergangenheit z.B. jedes Jahr Thema bei der geschäftsordnungsgemäßen Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Daran ist schon zu erkennen, dass sich trotz Kritik nichts veränderte. Trotzdem hat die alte Fraktion diese Konflikte nie öffentlich ausgetragen. Rückblickend war es ein Fehler, hiermit nicht offener umzugehen. Doch immer war es der vermeintlich falsche Zeitpunkt: Vor dem Göttinger Parteitag im Juni 2012 drohte ein Auseinanderfallen der Partei in Ost und West, da sollte es keine schlechte Presse aus Hamburg geben. Und ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl wollte auch niemand in der Zeitung lesen, dass die Fraktion sich streitet (was in den Medien sofort »die Fraktion ist zerstritten« geheißen hätte).

Beim ersten Wahlgang zur Doppelspitze passierte dann das, was bei einer Wahl immer passieren kann: Die Kandidatin wurde nicht gewählt. Dora bekam nicht das Vertrauen für die Doppelspitze. Ob es politische Dummheit der Abgeordneten oder eine ehrliche Entscheidung, losgelöst von Taktierereien, war, wird seitdem breit diskutiert. Etliche WählerInnen sind ebenso wie etliche GenossInnen bestürzt oder sauer. Die bürgerlichen Medien befeuern die Kritik an der Fraktion, eine differenzierte Berichterstattung ist so gut wie nicht zu finden.

Dass SpitzenkandidatInnen nicht automatisch Fraktionsvorsitzende werden, hat es in Hamburg öfter gegeben: Genannt seien nur Simone Dietz von den Grünen oder Thomas Mirow von der SPD, der 2004 noch nicht mal sein Bürgerschaftsmandat annahm. Trotzdem wird ein Betrug an den WählerInnen der LINKEN suggeriert oder auch von einigen empfunden. Dabei wird übersehen, dass es bei der Wahl um das Programm der Partei und die zukünftigen Abgeordneten geht und nicht um Funktionen nach der Wahl. Gerade kleine Fraktionen wie DIE LINKE wissen, dass es für herausragende politische Arbeit nicht einer Funktion bedarf, sondern guter Abgeordneter. Das beste Beispiel hierfür ist Joachim Bischoff, der, ohne jemals Vorsitzender oder Stellvertreter gewesen zu sein, das Bild der LINKEN maßgeblich positiv geprägt hat.

Viele fragen, was denn die Kritik in der Fraktion und auch in der Partei an Dora Heyenn sei. Für »die Partei« kann ich nicht sprechen, sondern nur meinen persönlichen Eindruck wiedergeben. Danach wurde Dora angekreidet, dass sie im Laufe der Jahre immer enger mit der Liste Links zusammengearbeitet hat. Eine Gruppierung innerhalb der Partei, die vor allem durch persönliche Angriffe auf Andersdenkende und unendliche, theorielastige Redebeiträge auffällt. Inhaltlich ist diese Zusammenarbeit nicht nachzuvollziehen, da Welten

zwischen den politischen Anschauungen der tendenziell sozialdemokratischen Politikerin Dora Heyenn und der dogmatischen Liste Links liegen. Doch machtpolitisch haben beide Seiten sich gegenseitig unterstützt und gestärkt.

2011 wurde ich als Neuling gleich in der ersten Fraktions-sitzung mit Kritik an Doras Verständnis als Fraktionsvorsitzende überrascht. Anlass war ein »taz«-Bericht vom 18. Februar 2011, in dem Dora die Führung einer Fraktion mit dem Unterricht in einer Klasse verglich.

Was ich damals noch für übertrieben und für eine fehlgeleitete Aussage in einem Pressegespräch hielt, bestätigte sich leider in den Folgejahren. Und es gilt auch noch 2015: In einem Interview mit dem »Hamburger Abendblatt« vom 6. März 2015 sagte sie, gefragt nach dem Dasein als fraktionslose Abgeordnete: »Ich bleibe die volle Legislaturperiode Abgeordnete der Bürgerschaft. Und dabei muss ich nun auf niemanden mehr Rücksicht nehmen, muss meine Anträge nicht mehr diskutieren und abstimmen lassen. Ich kann machen, was ich will. Das empfinde ich als einen hohen Grad an Freiheit.« Dieses Verständnis von einer politischen Arbeit, die die eigene Person in den Mittelpunkt stellt, ist nicht nur mir fremd.

Seit der Nichtwahl von Dora fällt immer wieder der Begriff der Beschädigung. Ja, es stimmt, Beschädigungen unterschiedlicher Art sind entstanden. Beschädigt wurde das Bild der untadeligen Fraktionsvorsitzenden. An dem Bild mitgemalt hat die alte Fraktion, indem sie ihre Kritik an der Vorsitzenden nicht öffentlich gemacht hat und nach außen hin immer solidarisch mit ihr war. Dass Bild und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, haben mittlerweile viele mitbekommen. Wer verlangt, ein falsches Bild, eine falsche Darstellung weiterhin aufrechtzuerhalten, möchte sich nicht mit Kritik auseinandersetzen. Die Fraktion hat sich selbst beschädigt. Sie war nicht in der Lage, durch eine Doppelspitze mit Beteiligung Doras einen besser gangbaren Weg aus der großen Unzufriedenheit mit der Vorsitzenden zu finden. Viele Fraktionsmitglieder wurden beschädigt, indem ihnen medial, befeuert durch Dora, Intrigen, Lügen und Betrug vorgeworfen wurde.

In der neuen Fraktion haben wir vereinbart, nicht weiter Öl ins Feuer zu gießen, auch wenn es angesichts der medialen Schelte und vieler starker, durch nichts belegbarer Behauptungen von Dora schwer fällt.

Trotz der Parlamentsferien ist die neue Fraktion seit ihrer Konstituierung am 2. März dabei, das zu tun, wozu sie gewählt wurde: gute, linke Oppositionsarbeit zu machen. Auf unserer Klausurtagung vom 13. bis 15. März haben wir unsere Arbeitsschwerpunkte bis zum Sommer festgelegt. Hamburg ist eine sozial gespaltene Metropole, was sich in benachteiligten Stadtteilen auch in einer niedrigen Wahlbeteiligung zeigt. Wir werden noch aktiver gegen die Resignation, für eine soziale Stadtteilentwicklung und gesellschaftliche Teilhabe streiten. Ganz oben auf der Agenda der Fraktion stehen auch der Erhalt und der Ausbau von günstigem Wohnraum. Hier sind Senat und SAGA in die Pflicht zu nehmen. Darüber hinaus ist die Flüchtlingspolitik ein Schwerpunkt. Ein großer Teil der Flüchtlinge, die herkommen, wird hier bleiben. Da-



Foto: Michael Joho

rauf ist die bisherige Politik immer noch nicht eingestellt. DIE LINKE wird in den nächsten Monaten mit vielen Akteurinnen und Akteuren zusammen ein Konzept erarbeiten, das den sozialen Zusammenhalt stärken und den Neuankömmlingen ermöglichen soll, sich so schnell wie möglich ein selbständiges Leben in dieser Gesellschaft aufzubauen. Wie bisher wird die Linksfraktion neben den parlamentarischen Aktivitäten eng mit außerparlamentarischen BündnispartnerInnen und der

Partei auf Landes- und Bezirksebene, einschließlich der Bezirksfraktionen, zusammenarbeiten.

Mit einer kräftigen linken Oppositionspolitik werden wir nicht nur den neuen Senat unter Druck setzen, sondern auch das Vertrauen der WählerInnen zu uns (wieder) stärken.

Die Tür für eine Rückkehr von Dora Heyenn als gleichberechtigtes Fraktionsmitglied bleibt weiterhin offen.

Wahlmotive bei der Bürgerschaftswahl

»Bei der Wahlentscheidung standen ähnlich wie 2011 Sachfragen im Vordergrund«, so heißt es in der »Wahlanalyse zur Bürgerschaftswahl Hamburg 2015« von infratest dimap, ein umfangreiches Material, das unter www.infratest-dimap.de bestellt werden kann, allerdings zum stolzen Preis von 57 bzw. 105 Euro. Interessant ist in dieser Studie, basierend auf einer repräsentativen Umfrage unter 6.191 Wahlberechtigten, u.a. die nebenstehende Tabelle zu den Wahlmotive bei der Stimmangabe für die jeweilige Partei (S. 39). Auf die Frage »Was war für die Wahl Ihrer Partei am wichtigsten?« lauten die Angaben wie folgt: Gewählt wurde DIE LINKE wegen der »Spitzenkandidatin« dieses Mal von 6% (minus 6% gegenüber der Wahl 2011), wegen der »Sachlösungen« von 79% (plus 9%)

und wegen der loyalen »Bindung« von 9% (minus 3%). Damit nimmt DIE LINKE unter den berücksichtigten sechs Parteien bei den Sachlösungen den führenden Platz ein, hinsichtlich der Bindung den vorletzten Platz (nur noch die AfD liegt mit 8% darunter) und im Hinblick auf die Spitzenkandidatur den letzten Platz.

Hamburger Bürgerschaftswahl 2015 – Beweggründe der Wahl

Wahl wegen...

	Spitzenkandidaten	Sachlösungen	Bindung
Gesamt	23 (+1)	52 (+3)	19 (-6)
SPD	36 (+3)	39 (-4)	19 (-2)
CDU	18 (+1)	47 (+6)	26 (-10)
Grüne	7 (-1)	68 (+8)	22 (-10)
FDP	22 (+3)	50 (-5)	20 (-1)
Linke	6 (-6)	79 (+9)	9 (-3)
AfD	7	76	8

Veränderungen in Prozentpunkten, Quelle: infratest dimap

Eine Fraktion ist keine Schulklasse

Von Christiane Schneider



Von Bertin lernen?

Nach einem guten, von vielen Mitgliedern engagiert getragenen Wahlkampf und einem großartigen Wahlergebnis hat die neu gewählte Bürgerschaftsfraktion die 21. Legislatur-

periode mit einem Fehlstart begonnen. Für viele Parteimitglieder und auch für viele Wählerinnen und Wähler ist es völlig unverständlich, dass die Spitzenkandidatin und lang-

jährige Fraktionsvorsitzende Dora Heyenn nicht erneut zur Fraktionsvorsitzenden bzw. zu einer von zwei Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde. Viele haben uns in Mails »Wahlbezug« vorgeworfen.

Erklärungen sind nicht leicht. Die Nichtwahl ist nicht der Beginn eines Konflikts, sondern vielmehr dessen Ergebnis, eines langen Konflikts, in dem es eben nicht nur eine, sondern mehrere Konfliktparteien gibt. Es ist uns, und das ist das grundlegende Problem, nicht gelungen, diesen Konflikt rechtzeitig zu bewältigen.

Uns liegt nicht daran, Konflikte in der Öffentlichkeit auszutragen, weil das ihre Aufarbeitung nicht erleichtert. Aber da das Ergebnis öffentlich ist und viele uns fragen, weil wir für die gegenwärtige Situation Mitverantwortung tragen und weil die Darstellung durch Doras Interviews in den Medien einseitig geprägt ist, sind wir Erklärungen und Rechenschaft schuldig.

Der konstituierenden Sitzung der Fraktion lag der Antrag vor, eine Doppelspitze in der Geschäftsordnung zu verankern. Dieser Antrag fand nach zunächst kontroverser Diskussion in einem Meinungsbild große Zustimmung, wurde dann dem Landesvorstand zur Beratung überwiesen, die Sitzung vertagt. Der Landesvorstand sprach zwei Empfehlungen aus: erstens eine Doppelspitze zu wählen und zweitens Dora Heyenn in die Doppelspitze zu wählen. Nach langer, kritischer Debatte beschloss die neue Fraktion dann einstimmig die Doppelspitze. Im zweiten Punkt folgte die Fraktion der Empfehlung nicht: Dora Heyenn wurde in geheimer Wahl mehrheitlich nicht gewählt. Nicht die Tatsache, **dass** sie nicht gewählt wurde – wer sich einer Wahl stellt, muss immer in Kauf nehmen, nicht gewählt zu werden –, sondern die Art und Weise, **wie** sie nicht gewählt wurde, macht das Problem aus. Es wurde in diesem ersten Wahlgang für eine der beiden

Positionen in der Doppelspitze einvernehmlich auf eine Gegenkandidatin verzichtet, sodass die Wahl abgemacht schien. Das Ergebnis ist bekannt und wurde auf »Zeit Online« treffend so kommentiert: »Offenbar wollte die elfköpfige Fraktion ihre alte Chefin gleichzeitig schwächen und im Amt halten, hat aber vergessen, sich darüber zu verständigen, woher die für eine Wiederwahl erforderlichen sechs Stimmen kommen sollten.«

Diese in meinen Augen große politische Dummheit hatte Folgen, auch hier sei »Zeit Online« zitiert: »(...) noch etwas passt ins Bild einer verdrucksten Streitkultur: Dora Heyenn, die Abgewählte, die ihren Genossen keine Gelegenheit gab, einen bereits eingestandenen Fehler zu korrigieren. Sie hätte ein zweites Mal antreten können und wäre gewählt worden. Verständlicher Weise ist sie gekränkt. Unverständlicher Weise hat sie nun sogar ihre Fraktion verlassen.«

Die politischen Fähigkeiten und die politischen Verdienste von Dora Heyenn als langjährige Fraktionsvorsitzende und dreimalige Spitzenkandidatin sind unbestreitbar groß. Sie hat z.B. die Kampagne für ein längeres gemeinsames Lernen klug und gut geführt, zugleich realistisch, d.h. das gesellschaftliche Kräfteverhältnis beachtend, und weitsichtig, d.h. die Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und das Ziel der »Einen Schule für alle« im Auge behaltend. Sie ist schlagfertig und stark darin, dem politischen Gegner, wenn es erforderlich ist, die Leviten zu lesen. Sie besitzt die Fähigkeit und das Selbstbewusstsein, sich auch zu Themen zu äußern, in denen sie nicht zu Hause ist, alles Fähigkeiten, die man als Spitzenkandidatin und als Fraktionsvorsitzende braucht. Deshalb ist ihr Ausscheiden aus der Fraktion für uns kein geringer Verlust.

Aber die Nicht-Wahl von Dora Heyenn ist nicht nur als Ausdruck einer politischen Dummheit zu verstehen. Die Neu-



Foto: M. Joho

wahl einer Fraktionsführung ist Sache der Fraktion, die sich dabei auch von ihrem Gefühl leiten lässt, richtig geführt zu werden. Eine Mehrheit hat mit ihrer »Denkzettel«-Wahl in dieser Hinsicht Skepsis bis Ablehnung formuliert. In geheimer Wahl – das ist ein demokratischer Vorgang.

Wie sie die Führung einer Fraktion versteht, hatte Dora der Welt und der Fraktion einmal sehr drastisch mitgeteilt: »Eine Fraktion zu führen«, wird sie in der »taz« am 18. Februar 2011 wiedergegeben, »sei auch nicht so viel anders als eine Klasse zu unterrichten. Man müsse dafür sorgen, dass alle beschäftigt seien.« Das Verhältnis einer Lehrkraft zu einer Schulklasse ist bekanntlich nicht demokratisch, sondern schon sehr hierarchisch. Aber eine Fraktion aus erwachsenen und politisch zumindest größtenteils erfahrenen Menschen, eine Fraktion mit ausgeprägten Persönlichkeiten und Fähigkeiten – damals war z.B. Joachim Bischoff noch Mitglied der Fraktion – lässt sich so nicht führen. Deshalb gab dieses flotte Zitat zwar das Verhältnis von Dora Heyenn zur Fraktion und ihr Selbstbild wieder, mehr aber nicht. Mit dem Selbstverständnis der Fraktion hat es zu keinem Zeitpunkt übereingestimmt. Wenn die Fraktion sich über zwei Legislaturperioden entwickelt, ihre Kompetenzen ausgebaut und ihre politischen Möglichkeiten überwiegend ausgeschöpft hat, dann ist das das Verdienst der Fraktion als ganzer (die MitarbeiterInnen eingeschlossen) und Ergebnis vieler individueller Beiträge. Dass Dora als Fraktionsvorsitzende dieses Gesamtergebnis nach außen wesentlich repräsentiert hat, liegt in der Logik des parlamentarischen Systems und der Öffentlichkeit. Eine linke, der Emanzipation verpflichtete Partei sollte eine solche Logik der Repräsentanz und der Hierarchisierung meines Erachtens immer wieder zu brechen versuchen.

Deshalb jedoch ist für die Außenwelt ihre Nichtwahl auch so überraschend gewesen. Denn die Konflikte in der Fraktion sind im Wesentlichen nicht nach außen gedrungen. Aber schon bei der Vorstandswahl Anfang 2013 wurde Dora als Fraktionsvorsitzende nur knapp bestätigt. Damals brachen Konflikte offen auf, wurde sie in einer sehr offenen Diskussion mit der Kritik an ihrem Führungsstil, an ihrem Desinteresse an der Fraktion und ihrer Entwicklung und anderem mehr konfrontiert. Ein weiteres, in der Auseinandersetzung sehr wichtiges Kapitel ist das enge Verhältnis zwischen Dora und der so genannten Liste Links, einer elitären Gruppierung, die sich u.a. dadurch auszeichnet, dass sie bei der Wahl ihrer Mittel im innerparteilichen Meinungsstreit bedenkenlos ist.

Seither war diese Kritik immer wieder Thema in geschlossenen Fraktionssitzungen, zuletzt im Dezember 2014, vor dem Start in den heißen Winterwahlkampf. Geändert hat sich nicht viel. Dora kann die wachsende Erbitterung bei anderen Abgeordneten nicht entgangen sein. Ihr öffentlich geäußelter Vorwurf, sie sei zuletzt häufig »belogen und betrogen« worden, entspricht nicht den Tatsachen.

Für uns ist jetzt es das Wichtigste, mit den Anliegen und Aufgaben, mit denen uns die Wählerinnen und Wähler beauftragt haben, in die politische Auseinandersetzung zu gehen. Unsere Klausurtagung am Wochenende 13./15. März war ein wichtiger Schritt, uns zu organisieren. Dora Heyenn hat eine Rückkehrproption offengelassen. Das ist gut. Auch die Fraktion wird alles daran setzen, dass sie in die Fraktion zurückkehrt, als gleichberechtigte Abgeordnete und Teil eines lebendigen und vielfältigen Teams.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Gerade haben sich SPD und GRÜNE in Hamburg auf die schnelle Umsetzung der Mietpreisbremse verständigt, ein Thema, das uns in den kommenden Monaten beschäftigen wird, denn es steht zu befürchten, dass es bei einem Mietpreisbremschen bleibt. Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte, was es mit diesem neuen Instrument auf sich hat, sollte sich den knapp halbstündigen, informativen ZDF-Beitrag **Versagt die Mietpreisbremse?** vom 4. März anschauen. Zurzeit ist er noch im Netz anzuklicken: www.zdf.de/ZDF/mediathek#/beitrag/video/2354216/Versagt-die-Mietpreisbremse?

Die CAMPACT-Broschüre »Auf Kollisionskurs mit der Demokratie: TTIP und CETA in Hamburg« hatten wir schon in unserer Februar-Ausgabe empfohlen. Nun hat auch die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ein lesenswertes **Gutachten zu den möglichen Auswirkungen von TTIP auf Kultur und Medien** veröffentlicht. Es stammt von Prof. Dederer und findet sich hier: www.gruene-bundestag.de/themen/freihandel/ttip-bedroht-die-kulturelle-vielfalt_ID_4394545.html.



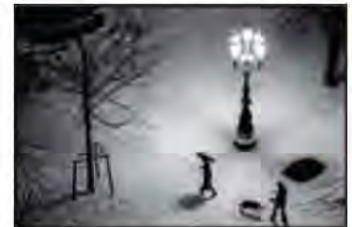
Zu den mittlerweile bekanntesten und scharfzüngigsten **Kabarettisten** Deutschlands gehört **Volker Pispers**. Linke Herzen gehen weit auf, wenn sie ihn im Fernsehen sehen oder auch mal live erleben (was schwierig ist, da seine Aufführungen lange vorher ausverkauft sind). Wer sich einen Eindruck verschaffen möchte, mag sich von Pispers die aktuelle Weltlage (**Russland hat noch nie den Westen angegriffen**) erläutern lassen, und zwar über diesen Link: <https://www.youtube.com/watch?v=FBDPxDtjlk>.

In den kommenden Wochen werden in vielen Hamburger Stadtteilen Veranstaltungen zum 8. Mai 1945, anlässlich des **70. Jahrestages der Befreiung von Faschismus und Krieg**, stattfinden. Wer sich schon einmal einlesen möchte in die damaligen Ereignisse in verschiedenen Städten und Regionen Deutschlands, dem/der sei die neu geschaffene **interaktive Website** www.dasjahr1945.de empfohlen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) hat hier viele beachtenswerte Informationen zusammengetragen.

Auch wenn er bereits einige Male in Hamburg gelaufen ist, wird es viele geben, die ihn noch nicht gesehen haben. Die Rede ist vom wunderbaren, anrührenden und zugleich empörenden Dokumentarfilm **buy buy st. pauli – über die kämpfe um die esso-häuser** von Irene Bude, Olaf Sobczak und Steffen Jörg. Inzwischen hat der Streifen auch einige bundesweite Aufführungen hinter sich, in Hamburg gibt es zwei weitere am **Donnerstag, den 19. März**, sowie am **Dienstag, den 14. April**, jeweils um 20.00 Uhr im »B-Movie« (Brigittenstraße 5).

Für **Freitag, den 20. März**, ist das **3. Treffen des bundesweiten Netzwerks Mieten & Wohnen** in Hamburg angekündigt. Von 11.00 bis ca. 16.00 Uhr wird im SC Sternschanze (Sternschanze 9, gegenüber vom Eingang S-Bahn-Sternschanze) über die zunehmend schlechtere Situation der MieterInnen und vor allem auch über »grundsätzliche Alternativen für bezahlbaren Wohnraum« verhandelt. Nicht zuletzt stehen neue Aktionen und Kampagnen auf dem Tagungsprogramm.

Zu den größten, vielleicht schönsten, jedenfalls umstrittensten Plätzen Hamburgs gehört zweifellos der Hansaplatz in St. Georg. Dreieinhalb Jahrzehnte wohnt der Dokumentarfilmer Ulli Gehner hier, und nun präsentiert er seine in dieser Zeit angehäuften Fotos unter dem Titel **Hansaplatz – Gestern**. Er will mit seinen »Aufnahmen Auskunft geben, wie es früher, in der 80er und 90er Jahren hier ausgesehen hat, und welche soziale Funktion der Platz innehatte und noch weiterhin innehat«. Die **Fotoausstellung** wird am **Freitag, den 20. März**, um 19.00 Uhr im Vor-Ort-Büro (Zimmerpforte 8/Ecke Hansaplatz) eröffnet und ist dort noch bis zum 20. April zu sehen.



Am **Samstag, den 21. März**, findet von 16.00 bis 18.00 Uhr in der St. Pauli Schule (Bernhard-Nocht-Straße 12) die nächste Stadtteilkonferenz St. Pauli statt. Es geht dabei ausschließlich um die **Ergebnisse und Tendenzen** der »Planbude« zur Neuplanung des Grundstücks der ehemaligen **ESSO-Häuser**. Es heißt angesichts der vielen, vielen Anregungen und Vorschläge: schauen, staunen, diskutieren, austauschen. Am **Samstag, den 11. April**, wird es in der Schule »noch konkreter: Die Ergebnisse des Stadtteils werden zugespitzt für die weitere Planung – Grundlage für die Auslobung, Architektenwettbewerb, Bebauungs-Plan«. Mehr unter www.planbude.de.



Bundesminister Schäuble hetzt, die bürgerlichen Medien verunglimpfen die Politiker Tsipras und Varoufakis – und für die gesamte europäische Linke steht ein alternatives Modell gegen die neoliberale Abwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung zur Disposition. **»Wir müssen uns gemeinsam wehren, sonst können wir nicht mehr überleben«**,

ist eine Veranstaltung zweier ver.di-Abteilungen überschrieben. Sie findet am **Dienstag, den 24. März**, um 19.00 Uhr in den Räumen der ehemaligen SEB-Bank im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 58) statt. Drei KollegInnen aus griechischen Selbsthilfeprojekten berichten. Erwähnt sei an dieser Stelle auch der Hamburger Arbeitskreis Distomo, der sich für die Entschädigung aller griechischen Opfer des NS-Regimes einsetzt. Mehr unter <http://ak-distomo.nadir.org/>.

Rassismus benennen. Die Mitte entlarven, so lautet die zentrale Parole einer für **Sonntag, den 29. März**, angekündigten Demonstration. Im Mittelpunkt steht dabei die Solidarität mit den Refugees, in diesem Fall auch besonders der Protest gegen das vorläufige Aus für die im ehemaligen Kreiswehrrersatzamt in Harvestehude geplante Unterkunft für rund 220 Flüchtlinge. Den kompletten Aufruf im Netz gibt es hier: <http://harvestehude.noblogs.org/aufruf/>. Die Demo startet am 29. März um 14.00 Uhr auf dem Theodor-Heuss-Platz, direkt vor dem Bahnhof Dammtor.

Ebenfalls am **Sonntag, den 29. März**, findet um 19.00 Uhr wieder eine Benefizveranstaltung im Ledigenheim in der Rehhoffstraße 1-3 statt. An diesem Abend liest **Stefan Beuse** aus seiner **Gebrauchsanweisung für Hamburg**. Wie auch andere AutorInnen vor ihm, verzichtet er auf das Honorar für seine Lesung. Die Spenden kommen dem sozialen Projekt »Das Ledigenheim erhalten!« zugute. Ziel ist es, so die Neustadt-Initiative, »die über 100 Jahre alte soziale Einrichtung und das Baudenkmal bei bezahlbaren Mieten dauerhaft zu sichern«. Mehr zum Projekt und zu weiteren Veranstaltungen unter www.rehhoffstrasse.de (und übrigens auch in älteren Ausgaben des »BürgerInnenbriefes«, wie z.B. zuletzt am 20.5.2014).



Seit September 2014 tagt zweiwöchentlich die neue Initiative **Wilhelmsburg solidarisch**, das nächste Mal – in Form einer öffentlichen Informationsveranstaltung – am **Dienstag, den 31. März**, um 18.30 Uhr in der BI Wilhelmsburg (Rudolfstraße 5). Die Gruppe versteht sich als »Anlaufpunkt

für alle, die sich mit VermieterInnen, Chefs und Behörden rumärgern und sich gegenseitig unterstützen wollen«. Die Themenpalette reicht vom Lohnklau über Jobcenterschikanen und Zwangsräumungen bis hin zu Aufenthaltsproblemen.

Der diesjährige **Hamburger Ostermarsch** findet am **Ostermontag, den 6. April**, statt. Das Motto lautet »Gemeinsam für den Frieden: Eine Welt ohne Krieg ist möglich!«. Gefordert wird u.a. die Beendigung der Auslandseinsätze und des Waffenexports sowie der Abzug der US-Atombomben. Den Aufruf gibt es im Internet unter www.hamburgerforum.org. Der Ostermarsch startet um 12.00 Uhr vor der Erlöserkirche (Jungestraße 7) nahe dem Berliner Tor, in der Kirche gibt es bereits um 11.30 Uhr eine Friedensandacht. Gegen 14.00 Uhr endet die Demonstration mit einem Friedensfest auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz an der Langen Reihe.



Am 31. März wird Rolf Becker sage und schreibe 80 Jahre alt – wir sagen auch von dieser Stelle aus schon mal im Vorwege: Herzlichen Glückwunsch! Dem bekannten Hamburger Schauspieler, Rezitator und Kämpfer für die Lampedusa-Flüchtlinge, Mumia und die Obdachlosen, der Antifaschist und Gewerkschafter, dem Internationalisten und Mahner in Sachen Solidarität mit Jugoslawien, Griechenland und vielen anderen Brennpunkten der Welt – ihm soll ein großer Empfang bereitet werden. Die Geschichtswerkstatt St. Georg e.V. und der Freundeskreis Rolf Becker laden ein zur **großen Geburtstagsfeier** am **Samstag, den 18. April**, von 11.00 bis 13.15 Uhr ins Deutsche Schauspielhaus. Mitwirkende bei dieser Matinee unter dem Titel **In den Kämpfen unserer Zeit. Anlässlich des 80. Geburtstages von Rolf Becker** sind Ben Becker, Meret

Becker, Esther Bejarano, Simone Borgstede, Matthias Botsch, Stadtteilchor Drachengold, Gerhard Folkerts, Michael Joho, Gunter Marwege, Ingo Müller, Helga Obens, Norman Paech, Peggy Parnass, Lisa Politt, Karl Heinz Roth, Julia Schilinski, Gunter Schmidt und Michael Weber. Der Eintritt ist frei, eine Spende aber dringend erwünscht.



Eine **linke woche der zukunft** veranstalten die Linksfraktion im Bundestag und die Rosa-Luxemburg-Stiftung **vom 23. bis 26. April in Berlin**. Rund 80 Veranstaltungen gruppieren sich um die fünf Schwerpunkte »Zukunft der Arbeit«, »Umverteilung«, »Zukunft des Öffentlichen«, »Produktion der Zukunft« und »Aneignung der Demokratie und Zukunft der Partei«. Das vorläufige Programm gibt es unter www.linke-woche-der-zukunft.de, über die Webadresse blog.linke-woche-der-zukunft.de/ kann mensch sich in den laufenden Diskurs einbringen, ein »Mobilisierungsclip« findet sich

hier: www.youtube.com/watch?v=FmfIRSwYD3E.

Perspektive Rot-Grün in Hamburg

Von Joachim Bischoff

Die Ergebnisse der Bürgerschaftswahl brachten für die Regierungsbildung keinerlei Überraschung. Seit längerem hatte sich abgezeichnet, dass die Sozialdemokratie ihre absolute Stimmenmehrheit in der Bürgerschaft verlieren und damit die Grünen als Regierungspartner aufrücken würden. Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) hatte es im Wahlkampf klar angekündigt: Die SPD werde versuchen, mit den GRÜNEN auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Nach vier Jahren Alleinregierung brauchen die SozialdemokratInnen einen Regierungspartner, da die SPD mit knapp 46% die absolute Mehrheit verfehlt hat. Scholz legte vor den Verhandlungen fest, dass der Spielraum gering sei. Denn mit dem Stimmresultat von 46% zu 12% sei auch eine inhaltliche Botschaft verbunden, wie die Stadt sich weiter entwickeln soll. Mit Blick auf mögliche politische Forderungen der GRÜNEN prognostizierte Scholz: »Da wird niemand seine Chancen verspielen.« Er sei auch ganz optimistisch, dass die Gespräche zu einem Verhandlungsergebnis führen werden.

Seit drei Wochen laufen die Koalitionsverhandlungen und immer deutlicher wird: König Olaf gibt in bekannter Manier Inhalte, Stil und Ton vor. Die GRÜNEN haben wenig zu melden. Die »taz« behauptet mal wieder, das Gras wachsen zu hören: »An der grünen Basis ist mancher mittlerweile genervt. ›Die lassen sich totquatschen«, sagte ein Mitglied. Schon bei der Stadtbahn gab die grüne Delegation nach. Nun soll der Klimaschutz zwar ein ›Schwerpunkt‹ werden und ein bisschen Geld wird es auch geben, wie Blankau andeutete – die Rede ist von begrüntem Dächern, mehr Naturschutzgebieten und mehr Häusersanierung –, das meiste davon hatte die

SPD aber eh schon geplant. Auch bei den Themen Schule und Hochschule wird die grüne Basis wieder enttäuscht. Die Ankündigung von mehr Produktionsküchen und ohnehin geplanten temporären Studienplätzen aus Bundesmitteln macht noch keine grüne Handschrift aus« (taz vom 14.3.2015).

Die GRÜNEN hatten für eine Koalition mit der SPD in Hamburg harte Verhandlungen angekündigt. Doch die Logik der Anpassung, die bereits im Wahlkampf sichtbar war, wird fortgeführt. Die Politik des Landesverbandes war zu moderat und zu wenig zugespitzt auf ein klar erkennbar grünes Profil. Im Vergleich zu der vorangegangenen Bürgerschaftswahl sprechen die Aussagen der BürgerInnen über die Kompetenzfelder eine klare Sprache: deutliche Verluste in allen wichtigen Bereichen:

Bürgerschaftswahl Hamburg 2015 – Kompetenzen der Grünen im Vergleich zu 2011

Umweltpolitik:	59 (-4)
Verkehrspolitik:	14 (-2)
Familienpolitik:	13 (-3)
Bildungspolitik:	9 (-4)
Soziale Gerechtigkeit:	8 (-1)

Quelle: infratest dimap

Die GRÜNEN fordern, dass Hamburg die Energiewende aktiv voranbringen soll. Vor allem aber geht ihnen der bisherige Klimaschutz in Hamburg nicht weit genug, sie wollen verbindlichere Klimaziele umsetzen. Hamburg solle sich ein Beispiel an anderen Städten nehmen und eine Umweltzone einführen, heißt es im Wahlprogramm. Ein Urteil des Verwal-

tungsgerichts, wonach Hamburg mehr zur Luftreinhaltung tun muss, hatten die Grünen als »schallende Ohrfeige« für den Senat bezeichnet. Bislang hält der SPD-Senat seinen Luftreinhalteplan für ausreichend.

Von einem »grünen Anbau« hatte Bürgermeister Scholz vor den Koalitionsverhandlungen gesprochen. Und wie es aussieht, wird der nicht besonders umfangreich. Die GRÜNEN sind bei ihrer eigentlichen Kernkompetenz eingeknickt. Eine Stadtbahn oder eine Citymaut wird es in Hamburg nicht geben, dafür aber mehr Naturschutzgebiete. Wichtiger noch: die Trendwende bei der Luftreinhaltung wird vertagt. Vertreter von BUND, Hamburger Energietisch und Bürgerinitiativen hatten gefordert, dass sich die künftigen Regierungsparteien um eine konsequente Luftreinhaltungspolitik kümmern sollten. Nach BUND-Schätzungen leben etwa 200.000 HamburgerInnen in Gebieten, in denen die Luft so verschmutzt ist, dass sie krank machen kann. Die Stadt sei deshalb bereits vom Verwaltungsgericht verurteilt worden, sagte BUND-Lan-

desgeschäftsführer Manfred Braasch. Statt die Entscheidung zu respektieren, will der Senat in Berufung gehen. Die GRÜNEN schließen sich der Berufung gegen das Urteil zu mehr Luftreinheit an. Der Senatsplan, juristisch gegen das Verwaltungsgerichtsurteil vorzugehen, werde beibehalten, sagte GRÜNEN-Chefin Fegebank. Doch durch ein Berufungsverfahren gewinnt der Senat Jahre Zeit, wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität aufzuschieben. Der BUND forderte, Tempo 30 auch auf Hauptverkehrsstraßen einzuführen. Auch eine City-Maut oder eine Umweltzone wären effektiv. Doch die gibt es mit Rot-Grün nicht. Gleichermaßen flau fällt die ökologische Anbau-Politik in den Bereichen Verkehr und Bildung aus. Auch bei den Themen Schule und Hochschule ist keine grüne Handschrift erkennbar.

Der zentrale Grund für dieses Entgegenkommen: Die GRÜNEN haben sich der sozialdemokratischen Logik unterworfen, wie in Hamburg geordnete öffentliche Finanzen bis 2020 hergestellt werden sollen.

Meine nächsten Arbeitsvorhaben

Von Christiane Schneider



Foto: Christiane Schneider

Die Koalitionsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, die Bürgerschaft wird erst in den nächsten Wochen ihre Arbeit so richtig aufnehmen. Diese Wochen nutzen wir deshalb intensiv zur Entwicklung eigener Vorhaben in der kommenden Zeit. In der Arbeitsteilung, die sich die Linksfraktion am letzten Wochenende gegeben hat, bin ich – als Vertreterin im Innen- und Eingabenausschuss – verantwortlich vor allem für Innen- und Flüchtlingspolitik. Auch werde ich die Fraktion im Verfassungsausschuss vertreten, einem Ausschuss,

dessen Arbeit in der nächsten Zeit maßgeblich durch Bestrebungen zur Änderung des Wahlrechts und durch die Initiative von Mehr Demokratie zur Bezirksreform bestimmt sein wird. Meine persönlichen Schwerpunktvorhaben sind diese:

1. Konzept Flüchtlingspolitik

Der Großteil der Menschen, die in Deutschland bzw. Hamburg Zuflucht und eine Perspektive suchen, wird hierbleiben. Deshalb brauchen wir im Umgang mit Geflüchteten und Ar-

beitsmigrantInnen auch auf Landesebene einen Paradigmenwechsel – weg von der Abschreckung und Abweisung hin zur Aufnahme. Die Fraktion hat deshalb beschlossen, einen ihrer Arbeitsschwerpunkte in der nächsten Zeit auf die Erarbeitung eines flüchtlingspolitischen Konzepts für Hamburg zu legen, das sich zum Ziel setzt, Neuankömmlingen zu ermöglichen, schnell eine Perspektive für ein eigenständiges Leben in dieser Gesellschaft zu entwickeln und zu verwirklichen.



Foto: Christiane Schneider

2. NSU-Untersuchungsausschuss

Im Bund und in den meisten Bundesländern, in denen der »Nationalsozialistische Untergrund« (NSU) mordete, wurden seit 2011 Untersuchungsausschüsse eingerichtet, einige erst in den letzten Monaten. Trotz aller Hindernisse haben diese Ausschüsse nicht wenig zur Aufklärung des mörderischen NSU-Netzwerkes und des Staatsversagens beigetragen.

In Hamburg ermordete das NSU-Netzwerk im Juni 2001 den türkischen Gemüsehändler Süleyman Tasköprü. Vieles ist bis heute unaufgeklärt. Das gilt insbesondere für die Rolle, die die militante Hamburger Naziszene und ihre führenden Figuren Worch, Wulff und Rieger in den 1990er und 2000er Jahren für die Herausbildung der terroristischen Strukturen und das Agieren des NSU-Netzwerkes gespielt haben. Das gilt aber auch für die Frage, warum die Hamburger Sicherheitsbehörden den Rechtsterrorismus so gravierend missachtet und warum sie bei der Aufklärung des Mordes so total versagt haben. Bis heute ist die Bereitschaft, dieses staatliche Versagen auch in Hamburg aufzuklären, schwach entwickelt, vor allem bei CDU und SPD. Aufklärung ist aber eine Grundvoraussetzung dafür, dass grundlegende Konsequenzen gezogen werden. Bis spätestens Anfang Mai werden wir einen Antrag auf Einrichtung eines Untersuchungsausschusses NSU vorlegen.

3. Leitbild Polizei

Meine Erfahrung in den Auseinandersetzungen der letzten Jahre ist, dass die Hamburger Polizei nach wie vor durch ein sehr autoritäres Leitbild geprägt ist. Wir wollen die vielen Kritikpunkte, die immer wieder eine Rolle spielen – angefangen von individueller Kennzeichnungspflicht und unabhängiger Beschwerdestelle, über Gefahrengebiete und racial profiling usw. bis hin zum teilweise exzessiven Einsatz so genannter Hilfsmittel (v.a. Pfefferspray) –, bündeln zum Leitbild einer bürgernahen, transparenten Großstadtpolizei.

4. Stromaufwärts an Elbe und Bille

Beabsichtigt ist, zusammen mit Mehmet Yildiz, Abgeordneter im Wahlkreis 2, und Heike Sudmann, stadtpolitische Sprecherin, sowie in Kooperation mit der Bezirksfraktion der LINKEN in Hamburg-Mitte, möglichst noch vor dem Sommer einen Workshop zu diesem Stadtentwicklungsprojekt des Senats durchzuführen, um kritische Ansätze und eigene Lösungsvorstellungen zu entwickeln.

Das sind zunächst einige Schwerpunkte, die weitere Aufgaben natürlich nicht ausschließen. Neben einem NSU-Untersuchungsausschuss halte ich z.B. die Einrichtung eines weiteren Untersuchungsausschusses für notwendig, der den Skandal um die verdeckte Ermittlerin Iris P. und ihren Einsatz in linken Szenen und dem Radio FSK aufarbeitet und Konsequenzen zieht. All diese Vorhaben sind ohne Kooperation mit unterschiedlichsten Akteurinnen und Akteuren nicht zu bewältigen. Teilweise sind Strukturen der Zusammenarbeit noch aufzubauen. Wer Interesse hat mitzuarbeiten, kann sich gerne bei mir melden: Per E-Mail an christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de oder mobil unter 0160/94 47 46 77.

Abriss in Hamm, Gier in St. Georg



Ihre Solidarität mit den um bezahlbaren Wohnraum kämpfenden Initiativen bekräftigten Christiane Schneider und Heike Sudmann auf zwei Demonstrationen, die in den vergangenen Tagen in Hamm und in St. Georg stattfanden. Erstere war als neue Wahlkreisabgeordnete auf beiden Kundgebungen, zweitere – jobbedingt – nur auf der zweiten zugegen.

Backsteinensemble Am Elisabethgehölz zerstört

Obwohl es in letzter Minute noch eine Lösung hätte geben können, die grandiose »Vereinigte Hamburger Wohnungsgenossenschaft« (vhw) hat Ernst gemacht und am 10. März mit dem Abriss des Backsteinensembles Am Elisabethgehölz in Hamm begonnen. Rettung hätte ein unbekannter Mäzen bringen können, der angekündigt hatte, die Gebäude zu erwerben. Er hätte damit nicht nur den Abriss verhindert, sondern auch dazu beigetragen, den so dringend in dieser Stadt benötigten günstigen Wohnraum zu erhalten. Doch die vhw blieb hart, flankiert von der Hamburger SPD und ihrem stadtentwicklungspolitischen Sprecher Dirk Kienscherf, die keinen Anlass sahen, zu intervenieren. Sie setzen vielmehr darauf, dass statt der 122 kleinen, einfachen und preiswerten Wohnungen nun 102 größere, »modernere« und damit erheblich teurere errichtet werden.

DIE LINKE hat ein ums andere Mal ihre Solidarität mit der um den Erhalt kämpfenden ELISA-Initiative erklärt und unterstrichen, dass für sie der Abriss günstigen, durchaus sanierungsfähigen Wohnraums nicht infrage kommt, schon gar nicht in Zeiten der Wohnungsnot. Doch unser aller mehrjähriger Protest und Widerstand sind gescheitert.

Am Abend des Abrissbeginns fand noch einmal eine Kundgebung der Initiative vor dem Gebäude statt. Wut, Empörung



L.: Elisa stirbt (M. Joho), r.: Demo auf der Lange Reihe (D. Prösdorf)

und Tränen – so die Stimmung in dieser bitteren Stunde. Unsere Solidarität, unser Mitgefühl gilt Corinna Gülzow und all den anderen InitiativlerInnen, die sich bis zuletzt für den Erhalt ihres Wohnraumes eingesetzt haben.

Spekulantengier und Behördenversagen angeprangert

Wenige Tage später, am 13. März, fand in St. Georg ein »informativer Rundgang gegen Spekulantengier und behördliches Versagen« statt. Der Einwohnerverein St. Georg wollte mit dem ca. 70 TeilnehmerInnen umfassenden Umzug »auf die alarmierenden Vorgänge und Veränderungen« im Hauptbahnhofviertel aufmerksam machen. Massive Mietpreissprünge und rund 600 bis 700 umgewandelte Eigentumswohnungen machen vielen St. GeorgerInnen das Leben und Bleiben im Quartier immer schwerer, vielfach auch unmöglich. Und dies trotz einer – allerdings um zehn Jahre verzögerten und zu spät gekommenen – Sozialen Erhaltungssatzung.

An verschiedenen Stationen nannten MieterInnen und Vereinsaktive Ross und Reiter, verwiesen auf Leerstände und illegale Zweckentfremdung (Ferienwohnungen, Gewerberaum, der eigentlich als Wohnraum genutzt werden müsste) und attackierten u.a. die Hauseigentümer mit Sitz und (ehemaligen) Mietobjekten in St. Georg: Frank Jendrusch (Jendrusch & Partner), dem der Rauswurf u.a. der Buchhandlung Wohlers zu »verdanken« ist; Bert Ludewig (Hanseatische Anlagen und Immobilien KG = H.A.I. KG), der in schier unglaublicher Form das Haus Danziger Straße 44 offenbar »mieterfrei« machen will; Florian Möhring (ehemals Möhring KG/Privatbau GmbH), der auch noch staatlich geförderte, eigentlich als Durchgangsräume frei zu haltende Fluchtwohnungen vermietete; die Akelius GmbH, die in der Rostocker Straße gerade Mietwohnungen zum »Schnäppchenpreis« von 21,-

Euro/qm netto-kalt anbietet; Hartmut Sebold (Sebold Immobilien GmbH), dem der Bezirk Hamburg-Mitte zugestand, am Steindamm statt ehemals geplanter Wohnungen ein Boardinghaus zu errichten. Und auch das »Brandhaus« an der Langen Reihe 57/59 lud zum »Verweilen« ein, sorgte hier doch vor zehn Jahren ein Brandanschlag dafür, dass das Haus mit günstigen Mietwohnungen letztlich abgerissen wurde – nachdem der Bezirk es zwei Jahre unterlassen hatte, auch nur das durch den Brand offene Dach notdürftig abdecken zu lassen. Entstanden sind, hinter der alten Fassade, den GRÜNEN sei Dank, ein Haus mit edlen Eigentumswohnungen.

Nicht nur beim Brandhaus, in all den genannten Fällen hat der Bezirk Mitte durch Untätigkeit, Genehmigungen

ohne Not und durch wiederholtes Wegschauen, bedingt aber auch durch die völlig unzureichende Personalausstattung zur Durchsetzung der Erhaltungssatzung und des Wohnraumschutzgesetzes, zur völlig inakzeptablen Lage beigetragen.

So oder so, es muss mehr in dieser Stadt passieren. Wir brauchen mehr bezahlbaren Wohnraum, d.h. vor allem erheblich mehr öffentlich geförderte Sozialwohnungen. Wir müssen den Abriss günstigen Wohnraumes verhindern und den SpekulantInnen mit neuen, schärferen Gesetzen und Verordnungen auf die Finger hauen. Und nicht zuletzt muss die Stadt auch erheblich mehr Personal einstellen, um die vorhandenen Bestimmungen durchzusetzen. Dafür wird sich die Linksfraktion in den kommenden Monaten verstärkt einsetzen.

Hamburg wird Bewerber für Olympia 2024

... und vergeigt auf diese Weise schon einmal 50 Millionen Euro alleine für die Bewerbungskosten, von den Kosten in Milliardenhöhe – sollte Hamburg wider Erwarten den Zuschlag bekommen – ganz abgesehen.

Die Entscheidung des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) fiel am 16. März, und seitdem sind der absehbare SPD-GRÜNEN-Senat, die Handelskammer und die Hamburger Elite völlig aus dem Häuschen. Unmittelbar nach der publik gewordenen Entscheidung erklärte der sportpolitische Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, Mehmet Yildiz: »Wir werden weiter daran arbeiten, dass dieses irrwitzige Großprojekt nicht zustande kommt. Der Senat hat bisher mit allen Tricks versucht, Tatsachen über die Folgen einer Bewerbung zu verschleiern. Die einseitigen Jubelorgien des Senats und die Entscheidung, eine Bewerbung über das Knie zu brechen, werden weitreichende Konsequenzen für die Finanzen und den sozialen Frieden in der Stadt haben. Wir werden dabei helfen, die Bürgerinnen und Bürger der Stadt aufzuklären, was der Spaß kostet, wer die Zeche zu zahlen hat und welche Auswirkungen Olympia für die Stadtentwicklung haben wird. Außerdem werden wir den Senat in Sachen Transparenz und Bürgerentscheid beim Wort nehmen: Ohne die Entscheidung der Hamburgerinnen und Hamburger ist kein Olympia zu machen.«

Die KritikerInnen der Olympia-Bewerbung haben sich bereits verabredet und laden ein zur »Offenen Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg«. Wir nehmen nachfolgend den bereits vor einigen Tagen ins Netz gestellten Aufruf des Anti-Olympischen Komitees auf.

Olympia – und wie weiter?

Runder Tisch mit Hamburger Genoss/-innen:

Mehmet Yildiz, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; **Harald Singler**, Sprecher der LAG Sport Hamburg

Freitag, 27.3., 18 Uhr, Fraktion DIE LINKE, Buceriusstr. 2

Etwas Besseres als Olympia!**Einladung zur offenen Plattform**

Freitag, 11. April 2015, 13.00-17.00 Uhr, Centro Sociale, Sternstraße 2, Hamburg

Olympische Spiele in Hamburg?

Vielleicht wird sich am 21.3. der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) dafür entscheiden, mit der Hansestadt in die Bewerbung zu gehen. Olympische Spiele sind kein harmloses Sportevent! In allen Städten, in denen olympische Spiele ausgetragen wurden, waren die Konsequenzen für die Bevölkerung gravierend:

1) Steigende Mieten und Verdrängung

Überall, wo in der Vergangenheit olympische Spiele stattfanden, bedeutete das massiv steigende Mieten und Verdrängung von Menschen mit weniger Einkommen aus den Stadtzentren.

2) Finanzielles Risiko

Olympische Spiele kosten viele Milliarden Euro. Der Bau von neuen Stadien und einer olympiafähigen Infrastruktur verschlingt Geldsummen. Dagegen werden selbst die Kosten der Elbphilharmonie wie Peanuts erscheinen. Weitere Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich wären die Folgen.

3) Verschärfte Sicherheitsmaßnahmen

Einen unangenehmen Aspekt stellt auch der mit olympischen Spielen verbundene Sicherheitsapparat dar. Kommt Olympia nach Hamburg, wird die Stadt einer Festung gleichen – Polizeisperren, schwerbewaffnete Uniformierte überall, verstärkte Kameraüberwachung und der Einsatz des Militärs sind nur einige Aspekte dessen, wie der öffentliche Raum für die Spiele reguliert wird.

4) Das Internationale Olympische Komitee (IOC) in unserer Stadt

Auch die Tatsache, dass einem komplett intransparenten, korrupten Unternehmen wie dem IOC und ihren Sponsoren umfangreiche Kontrollrechte über die Stadt zugeschrieben werden sollen, ist ein Skandal.

Es ist in dieser Stadt schon genug Geld für Prestigeprojekte verschwendet worden, die darauf abzielen, Investoren und Besserverdienende in die Stadt zu locken. Wir brauchen eine Stärkung des Breitensports. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Alle. Wir brauchen ausreichend finanzierte Kitas, Schulen, Hochschulen und soziale Einrichtungen. **Wir brauchen etwas Besseres als Olympia!**

Machen wir einen Strich durch die Rechnung all derer, die die Bewerbung Hamburgs gerade vorantreiben.

Lasst es uns Oslo und München nachmachen: Sorgen wir dafür, dass in Hamburg keine olympischen Spiele stattfinden werden!

Wir laden ein, für den Fall, dass Hamburg den Zuschlag bekommt: Kommt zur 1. Offenen Plattform gegen Olympische Spiele in Hamburg.

Lasst uns gemeinsam überlegen, wie wir die Bewerbung Hamburgs verhindern können.

Kontakt: wassbesseres@lists.riseup.net

Twitter: [@etwas_besseres](https://twitter.com/etwas_besseres),

Hashtag: [#nohamburg24](https://twitter.com/hashtag/NoHamburg24)

Infos und Kritik zur olympischen Bewerbung:

www.nolympia-hamburg.de



Kulturtipp: Bismarck zum 200.



Reichskanzler Otto von Bismarck (1815-1898) steht hoch im Kurs der Rechten. Ein Freund der Arbeiterbewegung ist er nie gewesen, doch er hatte ein Gespür dafür, dass zur Peitsche (des Sozialistengesetzes) bisweilen auch das Zuckerbrot (die Sozialgesetze) gehört, um sie im Zaum zu halten. Zu Hamburg hatte Bismarck immer ein gespaltenes Verhältnis: So galt ihm diese Stadt einerseits als Zentrale der Roten, insbesondere der bekämpften gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, andererseits aber ließ sich über den Hamburger Hafen auch die See- und Handelsmacht des Deutschen Reiches stärken. Die am 2. Juni 1906 eingeweihte, gut 34 Meter hohe Bismarck-Granitstatue – das größte Bismarck-Denkmal weltweit – steht für diesen Widerspruch: Nicht zufällig schaut der auf das Schwert gestützte Reichskanzler nicht auf die Stadt und das schon zu einem Drittel mit Sozialdemokraten besetzte Rathaus, sondern auf den Hafen. Eine Legende, die jede/r Stadtführer/in im Repertoire hat.

Den 200. Geburtstag nimmt die Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg zum Anlass, eine Veranstaltungsreihe zu diesem Urpreußen und Reichsgründer (so die Charakterisierung des DDR-Historikers Ernst Engelberg) anzusetzen. Am Sonntag,



Bismarck und Rosa Luxemburg (Zeichnung: Birgit Kiupel / Foto: M. Joho)

den 29. März, geht es los mit dem Rundgang »Wirklich den Hintern gen Hamburg?«, bei dem Wiebke Johannsen das Verhältnis von Bismarck zur Stadt erläutert (14.00 Uhr ab Bismarck-Denkmal, Alter Elbpark/Seewartenstraße; 3 Euro). Am Donnerstag, den 9. April, referiert der Historiker Dr. Christian Gotthard über das Thema »Bismarck und Bebel. Bismarcks Beitrag zu Repression und Modernisierung« (19.00 Uhr, CVJM, An der Alster 40; 2 Euro). Und am Sonntag, den 19. April, folgt noch eine »Wallfahrt zum Heldengrab«, eine von Wiebke Johannsen geführte Exkursion zum Bismarck-Sitz in Friedrichsruh (11.00 Uhr, ab S-Bahnstation Aumühle; 6 Euro inkl. Eintritt ins Museum).

Mehr zu alledem auf der Website der RLS unter www.hamburg.rosalux.de.

Nebenbei, das in Teilen marode Bismarck-Denkmal wird uns mit Blick auf sein 100jähriges Bestehen im kommenden Jahr noch beschäftigen. Jeweils sechs Millionen Euro vom Bund und vom Land sind dafür vorgesehen, das Monstrum in den nächsten Monaten grundzuanieren. Natürlich rechtzeitig zu den großen Bismarck-Feiern, mit denen wir zum Jubiläum traktierten werden sollen.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucoriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Bucoriusstr. 2, 20095 Hamburg.